

## »Was im Kopf drin ist, kommt auch irgendwann raus«

**Nach den rassistischen Angriffen von Mügeln: Das Problem sind nicht nur die Gewalttäter, sondern auch jene, die wegschauen**

Von Jürgen Amendt

Acht Inder wurden am vergangenen Wochenende bei einem Stadtfest im sächsischen Mügeln von einer Meute von 50 Personen durch die Stadt gehetzt. Jetzt wird – wieder einmal – öffentlich nach den Ursachen rassistischer Gewalt im Osten gefahndet.

---

Mügelns Bürgermeister Gotthard Deuse (FDP) fühlt sich ungerecht behandelt. Er sei zum Beispiel sehr enttäuscht von Aufbau-Ost-Minister Wolfgang Tiefensee (SPD). Tiefensee hatte die Äußerung von Deuse moniert, der Angriff gehe auf das Konto Auswärtiger. »Die Kritik trifft mich schmerzlich«, sagte Deuse gestern. »Es kommt zu kurz, dass ich die Taten verabscheue.« Er bekomme zudem E-Mails mit beleidigendem Inhalt. »Seit Montag bin ich von früh bis spät mit den Medien beschäftigt und komme nicht mehr zu meinen Amtsgeschäften«, klagte Deuse, der nach den Angriffen vom Wochenende bestritten hatte, dass es in seiner Stadt eine rechtsradikale Szene gibt.

Als »nicht akzeptabel« bezeichnet die grüne Bundestagsabgeordnete Monika Lazar das Verhalten des Mügelner Stadtoberhauptes. Der FDP-Mann stehe mit seiner Argumentation allerdings nicht allein, sagt die sächsische Politikerin, die für ihre Partei im Bundestag die Strategien gegen Rechtsextremismus bündelt. Immer wieder würden Lokalpolitiker im Osten nach Taten wie denen in Mügeln öffentlich abwiegeln, relativieren, verharmlosen. »Wenn Herr Deuse erklärt, Parolen wie ›Ausländer raus‹ oder ›Hier regiert der nationale Widerstand‹ können ›jedem mal über die Lippen kommen‹, setzt er ein falsches Signal.« Damit würden die Täter und jene, die deren Handeln guthießen, in ihren Einstellungen und Handlungen bestärkt. »Was im Kopf drin ist, kommt auch irgendwann raus.« Genauso schlimm wie die rechte Gewalt selbst sei das tatenlose Wegsehen vieler in der Bevölkerung. Lokalpolitiker könnten nur dann einen Image-Schaden von ihrer Kommune abwenden, wenn sie sich dem Problem stellen und Hilfe von außen zur Stärkung demokratischer Strukturen annähmen, betonte Lazar.

Das Problem – das ist für den Kriminalisten Bernd Wagner von der Gesellschaft »Demokratische Kultur« in Berlin die im Osten Deutschlands besonders verbreitete ausländerfeindliche Einstellung. Viele Menschen hätten das Gefühl, »aus dem Fortschritt der Gesellschaft irgendwie ausgestoßen worden zu sein«, sagte Wagner am Mittwoch dem Radiosender NDR Info. Das Gefühl sozialer Benachteiligung schmerze und verletze die Betroffenen: »Man darf nirgendwo richtig mitspielen.« Vor diesem Hintergrund bildeten sich egoistische Lebenseinstellungen heraus. Ausländerfeindlichkeit und rechtsextreme Einstellungen seien sehr eng miteinander verknüpft.

Ähnlich sieht das auch Friedemann Bringt vom Kulturbüro Sachsen. Hohe Arbeitslosigkeit und soziale Unsicherheit taugen nach Meinung des Projektleiters eines Mobilen Beratungsteams zur Stärkung demokratischer Strukturen im Freistaat nur bedingt als Erklärung für die größere Zustimmung zu rechten Ansichten im Osten. »Rechtsextreme sind in den seltensten Fällen arbeitslos oder leben von Hartz IV«, sagt Bringt. Es sei eine Mischung aus »gefühlter Unsicherheit« und Benachteiligung, die Vorurteile gegen das Andere und Fremde im Osten schüre. Empathie für die Situation Anderer sei daher nur gering ausgeprägt. Gewalt werde von vielen als legitimes Mittel zur Durchsetzung von Interessen begriffen.

Der Berliner Theologe Richard Schröder will daher nicht einmal ausschließen, dass die Tat von Mügeln überhaupt ein politisches Motiv hat. »Es ist ein Ausbruch von Ausländerfeindlichkeit zu vorgerückter Stunde unter Alkohol, die mit einer Remperei auf der Tanzfläche begann«, sagte der ehemalige SPD-Fraktionschef in der DDR-Volkskammer. Im Osten sei »die Bereitschaft zu schlagen größer als im Westen«, sagte Schröder.

Für derartige Positionen hat Monika Lazar allerdings kein Verständnis. Die Politikerin sieht vielmehr auch Justiz und Polizei in der Pflicht. Polizeibeamte müssten sensibler auf rechtsextreme Gewalt und Ausländerfeindlichkeit reagieren, mahnte Lazar. Nach Vorfällen wie dem in Mügeln standardmäßig davon zu sprechen, dass man »nach allen Richtungen ermittle«, obwohl klar sei, dass bei den Angriffen fremdenfeindliche Äußerungen gefallen sind, sei im Kampf gegen den Rechtsextremismus nicht hilfreich.